

# Berliner Tageblatt

r. 192 (Ausgabe für Berlin)

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## internationale Erörterung der Rede Curzons.

### Offensive der Pariser Nationalisten gegen einen vernünftigen Ausgleich.

und Vermutungen und Befürchtungen. — Le Trocquer, der „unverwundliche Optimist“.

(Ausgabe für Berlin)

Paris, 24. April.

Quasi d'Orion glaubt man nicht, daß ein deutsches U-Boot-Unternehmen bevorstehe. Es werde noch einige Wochen dauern, bis die „Verantwortung“ über den Widerstand der deutschen Nationalisten gelegt habe. Wahrscheinlich werde erst eine neue politische Katastrophe eintreten müssen, um das Reich zum U-Boot zu bringen! Der Kanzler Curzon sei „nicht der richtige Mann für Verhandlungen und müsse erst durch einen anderen ersetzt werden, der sich nicht durch die Methode des „Widerstandes“, „Kompromittiert“ (?) habe. So erwidert man die Abwesenheit Poincarés erhalten hat. Indessen sind die Pariser Zeitungen mit Kombinationen über ein deutsches U-Boot-Unternehmen, das sogar noch einigen Blättern bereits in den letzten Stunden (!) erfolgen soll. Lieber die Form dieses U-Boot-Unternehmens (2) sei nicht beurteilt. Drei Methoden werden (auf dem Wege der Vermutungen) angegeben: 1. Die Methode des U-Boot-Unternehmens, eine schriftliche oder persönliche Mitteilung an die Regierung mit der Bitte, den deutschen Vorschlag der Gesamtschlichtung zum Kenntnis zu bringen. Von dem Inhalt des Angebots wird nur wenig gesagt; im allgemeinen besteht es darin, daß es sich um die Erneuerung und Vervollständigung der Erweiterung der Januarvorschlüge handelt, die man einmal als das „Projekt Bergmann“ bezeichnet hat, obwohl sie, wie in Deutschland bekannt ist, ein Projekt der Regierung gewesen sind, an dem Bergmann nur zum Schein gearbeitet hat. Es diese Mitteilungen zurechtfinden werden, läßt sich hier aus nicht beurteilen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Rede Poincarés in Paris, die von den Nationalisten in den letzten Tagen ausgenutzt wird, ein etwaiges Angebot schon im U-Boot zu machen, ehe es noch erfolgt ist. Poincaré läßt, daß seine Politik das Ziel habe, von Deutschland die Wiederergänzung „ohne irgendwelche Bedingungen“ zu erlangen, und diese Wendung wird, wie zu erwarten, als eine halbe Antwort an Lord Curzon gegeben. Wie der Führer der Radikalen, Herriot, die Worte der Rede vor kurzem die „feierliche Erklärung“ des Ministeriums, jeden an die Gesamtheit der Verbündeten gerichteten Vorschlag genau zu prüfen, als wichtigsten Punkt noch vorwärts bezeichnet, ist heute noch zu erkennen. Herriot dürfte etwas enttäuscht sein; er beginnt Perlinax in „Echo de Paris“ bereits Kampf gegen jede Vermittlungsbestrebung. Die Franzosen (nach der Meinung von Perlinax) die Nachrichten und dieser Art, die aus Deutschland herüberfliegen, mit voller Gleichgültigkeit. (?) Die Informationen über den Verlauf der deutschen Regierung interessieren nur in einer Weise: Sie beweisen, daß die Sentenzen das Reich getroffen und daß Deutschland wankt. (1) Dr. Bergmann redet als Führer des Reiches; die Männer der Regierung merken, daß die Macht aus den Händen gleite, weil das deutsche Volk (nach ihm) nicht wieder begangen werden. Perlinax schreibt: Perlinax uns nicht durch den Schein des deutschen Widerstandes man sich aber doch mit mehr denn 100 000 bis an die Zähne bewaffnet Soldaten, Maschinengewehren und Tanks erheben zu glauben (die Rede) verbieten lassen, und dürfen auch zugehen, daß Lord Curzon den Vermittler sei, wie Wilson es 1918 tat. Will Deutschland verhandeln, so nicht! Aber unter der Voraussetzung, daß wir bis zur Bezahlung unserer Forderungen in Westfalen bleiben, daß unsere Forderungen nicht verändert wird, und daß vor dem Beginn jeder Verhandlung der passive Widerstand aufhört (der doch — in den vorhergehenden Satz des Beschlusses Artikel 230 des U-Boot-Unternehmens) Perlinax, der als Wortführer der einen Richtung gilt, ist, verlangt also dem Sinne nach eine vollkommene Unterwerfung Deutschlands und eine Lösung der Forderung in alle Ewigkeit. Es muß davor gewarnt werden, daß Deutschland sich durch diese Forderungen verliert. Perlinax weiß ganz genau, daß nicht bloß die englische, sondern auch die belgische Auffassung diese Herrschergehalte zurechtfindet, und daß sogar die französischen Sachverständigen schon dabei sind. Die Vorschläge ganz anderer Art auszuarbeiten. Aber es gilt im Interesse der belgischen Politik, vor der letzten Konferenz Prüfungen noch einmal die Forderungen Frankreichs aufs stärkste zu betonen, um auf diese Art vor jeder einmal einen „Druck der öffentlichen Meinung“ zu konstatieren, wie ihn Poincaré noch in jeder Verhandlung mit den Verbündeten herbeiführen mußte.

Diesem Zwecke dienen auch die Glückwunschkarten, die aus der Sitzung der Generalkonferenz an die Regierung gelangten, obwohl der Minister des Innern alle politischen Rundgebungen dieser Art unterlagert hat. Da jeder französische Minister und Unterstaatssekretär gleich seinem Chef Poincaré dem Generalrat seines Departements angehört, und da alle in den verschiedenen Gegenden Frankreichs die gleiche Rede gehalten und die gleichen „Reflexe“ der Rühraktion ausgeführt haben, ist es nicht wunderbar, daß als erster Erfolg der Beratungen an vielen Stellen zunächst die traditionellen Glückwunschkarten verfaßt worden sind. Diese Demonstration hat politisch nicht viel Bedeutung, als wenn die bei einem Male verammelten Familienmitglieder dem Chef des Hauses eine von allen Anwesenden unterschriebene Glückwunschkarte schicken. Die Generalkonferenz, die nicht für die Rühraktion begeistert wird, werden erst morgen bekannt werden — aber nicht durch die Regierungspresse. Im übrigen hält es auch eine Zeitung der Regierung für notwendig, gegen den allzu lauten Optimismus des Ministers Trocquer laut zu protestieren. Das „Journal“, das sich über die „ausgesprochenen Erklärungen Poincarés“ freut, spricht die Ansicht aus, daß Le Trocquer in seinem „unverwundlichen Optimismus“ etwas zu weit gegangen sei. Er habe gesagt: „Die Basis ist gewonnen; und diese Behauptung trifft zu, wenn sie richtig verstanden wäre. Die Deutschen seien „abgewürgt“, aber das wolle leider noch nicht sagen, daß es leicht sein würde, die Früchte dieses Sieges zu ernten. Der letzte Satz zeigt, was die übermäßige Siegesbegeisterung zu bedeuten hat. Die französische Regierung verbirgt dem Volke die Wahrheit, und die französische Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, hilft ihr bei dieser gefährlichen Täuschung. Bis heute ist der Bericht der englischen Arbeiterabgeordneten über die Situation im Ruhrgebiet in Frankreich noch nicht einmal in den Auszug bekannt geworden. Kein Franzose weiß, wie scharf die Rührpolitik Poincarés in diesem unparteiischen Schriftstück beurteilt wird. Erst durch einen persönlichen Konflikt des Vertreters des „Echo de Paris“ in London wird heute bekannt, daß die größte Zeitung Frankreichs, „Politiken“, einen heftigen Kampf gegen die Rührpolitik Frankreichs führt. Das alles wird in Frankreich sehr wichtig oder verächtlich. Was es gibt französische Politiker, die Bescheid wissen und dafür sorgen werden, daß die Wahrheit zu ihrem Rechte kommt. Deutschland soll sich weder durch optimistische Hoffnungen, noch durch pessimistische Befürchtungen verunsichern lassen, sondern nach seinem eigenen Ermessen entscheiden, was jetzt die Stunde verlangt. Seine Kraft ist unangenehm, aber es kann ohne Beschämung seine Bereitschaft zu Verhandlungen zeigen, falls ihm die volle Gleichberechtigung zugesichert wird. Aber es kann eben so, wenn es dazu gezwungen wird, noch weiter Widerstand leisten, ohne vor den Drohungen Frankreichs zu zittern. Dem der hilflose Kampf um die Fragen der Ruhr kostet Frankreich mehr, als Deutschland heute noch zu verlieren hat, nicht bloß an materiellen Besitz und wirtschaftlichen Hoffnungen, sondern auch an Ansehen vor der Welt.

### Industrievertreter beim Reichskanzler.

Die Beratungen über Curzons Rede.

Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung über die Schritte, die auf Grund der Curzon-Rede unternommen werden sollen, sind nunmehr im Gange. Argend welche Beschlüsse sind bisher noch nicht gefaßt worden, und vor Ende dieser Woche dürfte auch kaum ein positives Resultat zu erwarten sein. Die Reichsregierung wird sich, wie wir schon mitteilten, vor ihrer endgültigen Beschlußfassung mit den deutschen Wirtschaftskreisen sowie auch mit den Parteiführern in Verbindung setzen. Heute vormittag empfing der Kanzler bereits die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage hebt man in industriellen Kreisen hervor, daß die deutsche Industrie bei dem Januarangebot der Reichsregierung sich zur Durchführung jenes Vorschlages zusammen mit allen übrigen deutschen Wirtschaftskreisen vollkommen zur Verfügung gestellt hat. Sollte der Kanzler im Verlauf der heutigen Besprechung (die bei Schluß der Redaktion noch im Gange ist) an die Industrievertreter die Frage richten, ob die deutsche Industrie bereit sei, auch für die Garantie eines neuen Angebotes, das vielleicht den damaligen Vorschlag zum Ausgangspunkt haben könnte, Sorge zu tragen, so würden, erklärt man in industriellen Kreisen weiter, die Industriellen nicht zögern, ihre Bereitwilligkeit zur Garantieung auch des neuen Vorschlages in engerem oder weiterem Rahmen zuzusagen. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hält morgen eine Sitzung ab, in der man sich mit der Haltung der Industrie zu einem etwaigen neuen deutschen Vorschlag an die Alliierten beschäftigen wird. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Plan der deutschen Wirtschaftskreise über die technische Durchführung der Garantie bereits vorliegt.

Die politischen Parteien werden im Laufe des heutigen Tages zu Fraktionsitzungen zusammenkommen, um sich mit der gegenwärtigen Lage zu beschäftigen. Die Fraktionäre der Sozialdemokratie hielten gestern Abend eine Sitzung ab, in der Hermann Müller einen ausführlichen Bericht über die Lage gab. Diese Aussprache soll heute Abend fortgesetzt werden. Die Reichsregierung wird mit den Parteien, wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages, in Besprechungen eintreten, um darüber die besondere die parlamentarische Basis für ihre weiteren Schritte vorzubereiten. (Siehe auch Seite 2.)

## Kein Boden für eine rheinische Republik.

Das Fiasco des Separatismus. — Die rheinische Bevölkerung geschlossen gegen Dorten und Smeets. Von unserem Korrespondenten Dr. Alfred Krüger.

Paris, im April.

Die Massenausweisungen der deutschen Beamten und Eisenbahner, die heute die Ziffer von nahezu 30 000 erreicht haben, die Berufung des Sonderbündlers Dorten nach Paris und die Aufhebung des Reichskommissariats in Koblenz sind die hervorsteckendsten Merkmale der systematischen französischen Rheinlandpolitik, dessen Endziel die Errichtung der rheinischen Republik unter französischem Protektorat ist. Das diese Pläne keine barge Spekulation sind, sondern in Pariser politischen Kreisen ernsthaft erwogen werden, beweisen die von uns vor einigen Tagen veröffentlichten Ausführungen der „Cercle Nouvelle“, die die letzten Maßnahmen der Besatzungsmächte Frankreich und Belgien als Verboten einer noch umfassenderen Operation, nämlich der Schaffung einer rheinischen Republik“ bezeichnet. Dies klingt im ersten Augenblick überaus abfällig, da gerade in der jetzigen Situation nicht die geringsten politischen und vor allem psychologischen Voraussetzungen, wenn man von der rein militärischen Anekdote abläßt, vorliegen, die eine solche Aktion rechtfertigen könnten. Die Ansichten der Separatisten sind mit dem Ruhmefall auf den Nullpunkt gesunken. Im Hinblick auf den engen Zusammenhang zwischen den separatistischen Plänen der Pariser Machthaber und den Zielen der Dorten und Smeets erscheint es angebracht, die Entwicklungslinien der rheinischen republikanischen Bewegung kurz zu skizzieren.

Als in dem Wirbel der Novemberrevolution zum ersten Male der Ruf nach der Gründung einer rheinischen Republik erscholl, waren von diesem Wunsch die breiten Volksschichten der Rheinlande in spontaner Aufwallung erfüllt. Weit man darin den einzigen Weg erblickte, sich die drohende Schwandensherrschafft der Spartakisten vom Leibe zu halten. Vielleicht hoffte man auch, durch die Errichtung eines rheinischen Staates die Härten des Friedensvertrages zu mildern. Den härtesten Stützpunkt hatte die Bewegung bekanntlich in den kirchlichen Kreisen, die durch die kirchenfeindliche Politik Adolf Hoffmanns auf das höchste erbittert waren. Zwar wurde in jenen Tagen auf einer stark besuchten Tagung der rheinischen Zentrumspartei in Köln, bei der der Abgeordnete Timborn das Referat hielt, eine Entschließung im Sinne der rheinischen Republik angenommen, aber durch die Abgabe des westfälischen Zentrums erlitt die Bewegung eine empfindliche Schwächung, die sich um so fühlbarer auswirkte, als innerhalb der rheinischen Zentrumspartei selbst starke Gegenströmungen lebendig waren. Es muß aber immer wieder betont werden, und dies kann nicht deutlich genug unterstrichen werden, daß auch damals die Absicht bestand, die Rheinlande dem von Deutschen Reich loszulösen, sondern daß sie auch als Republik ein Teil des reichsdeutschen Staatsgebildes bleiben sollten.

Nach der Einberufung der Nationalversammlung und der zunehmenden Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse flaute die Bewegung stark ab und wurde durch das fluge Verhalten des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Denauner in verfassungsmäßige Bahnen geleitet. Die eigentliche Triebkraft vor der Separatismus, indessen erst durch das Eingreifen der französischen Politiker, die sich bisher abwartend gezeigt hatten, und das Auftreten von Dorten und Smeets, die sich sehr rasch als gelaufene Handlanger der Franzosen demaskierten. Der Dorten-Butch in Wiesbaden verpuffte kläglich. Es kam zu der bekannten Entschließung in Königswinter, in der die großen politischen Parteien der Rheinlande sich gegen jede Volksabstimmung nach dem Paragraphen 18 der Reichsverfassung während der Dauer der Besetzung aussprachen. Selbst die Christliche Volkspartei, die von der Zentrumspartei getrennt marschierte und föderalistische Tendenzen verfolgte, trat den Beschlüssen von Königswinter bei. Die Getreuen um Dorten schloßen immer rascher zusammen. Selbst dieser kläglichste Rest war noch in Gruppen und Grüppchen zerplittert, die in Aachen, Trier, Mainz, Wiesbaden und Coblenz, Bureaus unterhalten. Die Hauptgruppe, die sich um Dorten geschart und in Wiesbaden ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat, heißt Rheinische Volksvereingung, die andere unter der Führung Smeets mit dem Hauptquartier Köln nennt sich Rheinische republikanische Volkspartei. Obwohl beide Parteien vollkommen getrennte Organisationen sind, laufen doch ihre Tendenzen durchaus parallel. Beide Führer propagieren in ihren Blättern das gleiche Ziel: eine selbständige rheinische Republik ohne jede verfassungsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reich. Dorten verhält dies Ziel noch etwas, Smeets Propaganda dagegen ist von brutaler Eindeutigkeit. Sein Blatt „Die rheinische Republik“ strobt von den widerslichsten Beschimpfungen der Reichsregierung und den raffiniertesten Entstellungen. Das Schändlichste sind die feigen Demagogien, die Hunderten von ehrenhaften deutschen Beamten die Ausweisung entzogen. Dabei offenbarte sich gleichzeitig, bis zu welchem Grade die Franzosen ihr Spitzelwesen organisiert haben. Heute herrschen geradezu fanatischer Haß in der rheinischen Bevölkerung gegen Dorten und Smeets, die sich nicht scheuen, die Fran-